

p.B.51.14.21.20.(5a) - DI/kw

Bern, den 13. Mai 1970

a/a
/ d.A k t e n n o t i z

Besuch von Vizedirektor Balsiger
von der Werkzeugmaschinenfabrik
Oerlikon, Bührle AG (WO)

Herr Minister Gelzer empfängt am 6. Mai Herrn Vizedirektor Balsiger (B) von der WO auf dessen eigenen Wunsch und im Beisein des Unterzeichneten. B bringt im Hinblick auf die bevorstehende Revision des KMB - und in Ermangelung der Möglichkeit in einem Vernehmlassungsverfahren dazu Stellung nehmen zu können - folgende Wünsche und Anregungen vor (er wird dieselben auch noch der DMV unterbreiten):

1. Fertiges Material: Der Kriegsmaterial-Katalog sollte nicht wie bisher einzelne Gruppen, sondern das als Kriegsmaterial zu bezeichnende Material einzeln aufführen, ähnlich wie dies in der diesbezüglichen deutschen Gesetzgebung der Fall sei. Somit würde eine klare Situation geschaffen, auch wenn der Katalog dadurch - freilich nur optisch - erweitert würde.
2. Bestandteile: Hier wäre vorgängig der Revision die Frage "was sind wichtige Bestandteile?" zu klären. B erwähnt das bekannte Beispiel der Räder, die sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke verwendet werden können. Es sei ungerecht, dass eine kriegsmaterialproduzierende Firma dafür eine Bewilligung einholen müsse, eine andere jedoch nicht.
3. Die Zulieferungen auf Lager (Beispiel: Oerlikon nach Mailand), auf die man im Interesse einer ökonomischen Produktionsaufteilung nicht verzichten möchte, werfen folgendes Problem auf: Da die jeweilige Endbestimmung noch nicht bekannt sei, könne ein End-User nicht beigebracht werden. Der neue KMB sollte dieser Schwierigkeit Rechnung tragen.
4. In der geltenden Regelung präjudiziert die Fabrikationsbewilligung die Ausfuhrbewilligung nicht. Die WO wünscht in dieser Hinsicht grössere Sicherheit. Wenn eine Fabrikationsbewilligung erteilt wird, sollte dadurch automatisch auch die Ausfuhrbewilligung gesichert sein, es sei denn, der Empfängerstaat befinde sich inzwischen im Kriegszustand.
5. B wirft, ohne sich allerdings über den Erfolg einer solchen Anregung viele Illusionen zu machen, die Frage auf, ob nicht der Bund für bereits produziertes, auf Grund eines behördlichen Entscheides aber nicht mehr exportierbares Material die Haftung



- 2 -

übernehmen könne. B erwähnt den Fall Südafrika, der bekanntlich die illegalen Transaktionen der WO ausgelöst hat.

Herr Minister Gelzer nimmt von den Wünschen und Anregungen Bs Kenntnis und stellt in Aussicht, dass diese im Verlaufe der Vorarbeiten für die Revision des KMB geprüft werden würden.

1. 2. 1961